



Grünliberale
Köniz



V2601

Interpellation EVP-GLP-Mitte-Fraktion:

Integrale Sicherheitspolitik auf Gemeindeebene

In seinen Ausführungen vom 3. April 2024 zum Postulat V2131 „Zeitverzugsloses Überarbeiten von Einsatzdossiers und Treffen von ergänzenden Massnahmen zum Bewältigen von Katastrophen und Notlagen“ der EVP-GLP-Mitte-Fraktion, welches am 25. April 2022 vom Parlament erheblich erklärt wurde, nennt der Gemeinderat Naturkatastrophen als direkteste Bedrohung für Bevölkerung und Wirtschaft.

Klimawandel und damit verbunden Naturkatastrophen sind zwar weiterhin ein zentrales Thema. Insbesondere die seit Januar 2025 amtierende US-Regierung mit ihrer erratischen und disruptiven Neuausrichtung in Aussen-, Wirtschafts-, Gesellschafts- und Umweltpolitik stellt die bisherige globale Sicherheitsarchitektur – und damit auch die europäische Sicherheit – jedoch grundlegend infrage. Eine Entspannung ist nicht in Sicht; die Folgen treffen die Schweiz und somit auch Köniz direkt (vgl. dazu auch den «Bericht der Studienkommission Sicherheit» von August 2024¹ sowie den Vernehmlassungsentwurf vom 12. Dezember 2025 der Schweizerischen Eidgenossenschaft «Sicherheitspolitische Strategie der Schweiz 2026»²). Diese Entwicklungen führen in der Bevölkerung zu wachsender Besorgnis – insbesondere hinsichtlich der Fähigkeit der Institutionen, Sicherheit und Schutz auch in Krisenzeiten zu gewährleisten.

Das Schaffen von Sicherheit ist eine Verbundaufgabe zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden. Die Gemeinden müssen sich stufengerecht und proaktiv auf die sich dynamisch verändernde Sicherheitslage einstellen und in ihren Handlungs- und Verantwortungsbereichen Vorsorge treffen. Damit können sie Vertrauen in die Institutionen schaffen und der Bevölkerung das Gefühl von Sicherheit geben.

Der Gemeinderat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Teilt der Gemeinderat die Auffassung, dass sich Köniz angesichts der oben beschriebenen, verschärften Sicherheitslage proaktiv und über die bisherigen Massnahmen hinaus auf die neuen Risiken einstellen muss?
Falls nein: Welche konkreten Punkte der zitierten Analysen (Studienkommission 2024, Strategie 2026) bewertet er anders – und auf welchen eigenen Abklärungen, Überlegungen oder Expertenmeinungen basiert diese Einschätzung?
2. Wo sieht der Gemeinderat im Lichte der aktuellen Lage die dringlichsten und schwerwiegendsten Sicherheitsrisiken für Köniz – und welche konkreten Massnahmen schlägt er vor, um diese in seinem Verantwortungsbereich zeitnah zu minimieren?
3. Sind die finanziellen, personellen und organisatorischen Mittel vorhanden, um die in Frage 2 identifizierten Risiken zeitnah und nachhaltig zu minimieren?
Falls nein: Wo bestehen konkrete Lücken und was müsste unternommen werden, um diese zu schliessen?
4. Erhält die Gemeinde von den zuständigen kantonalen Behörden zeitgerecht ausreichende Unterstützung, um ihre sicherheitspolitischen Aufgaben im aktuellen Umfeld umfassend wahrzunehmen?
Falls nein: Weshalb nicht und in welchen Bereichen besteht verbesserter Unterstützungsbedarf und in welcher Art und Weise würde dieser benötigt?

Januar 2026, Roland Akeret, Toni Eder

¹ https://www.newsd.admin.ch/newsd/message/attachments/89334.pdf?trk=public_post_comment-text

² <https://www.sepos.admin.ch/de/sicherheitspolitische-strategie>

Breit

Dr. Haus

K. Aeschler

W. K.

Th. Müller

St. A.

Ch. B. W.